

## - □□ **Bürgerschaftswahl in Bremen**

Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen ist die SPD unter den abgegebenen Stimmen als stärkste Fraktion hervorgegangen. Die Partei wird voraussichtlich 36 bis 38 Prozent der Stimmen erhalten. Zweitstärkste Kraft werden voraussichtlich die Grünen bei um die 22 Prozent. Erst knapp dahinter bei um die 20 Prozent kommt die CDU.

Knapp über der Fünf-Prozent-Hürde sind die Linken mit fünf bis sechs Prozent. Die FDP rutscht auch in Bremen mit zwei bis drei Prozent der Stimmen in die politische Bedeutungslosigkeit. Die Wahlbeteiligung liegt etwas über 50 Prozent aller Wahlberechtigten. Das amtliche Endergebnis soll aufgrund des neuen Wahlrechts frühestens erst in drei Tagen vorliegen.

-

□ □ [Selbstentmündigung durch Wahlen](#)

- □ □ [Demokratie und Wahlen](#)

- □ □ **Neue Demokratiebewegung in  
Spanien und Europa**

**"Democracia Real Ya" - "Echte**

# Demokratie - jetzt!"

[...] Die Menschen strömen zahlreich auf die Plätze, bringt Decken, Essen und Zelte mit und wollen sie einfach nicht mehr verlassen. Dass in der Nacht zum Dienstag die Polizei schon in der gewohnt brutalen Art auftrat und sowohl den "Puerta del Sol" in Madrid und den zentralen Platz in Granada von "Empörten" geräumt hat, schüchtert niemanden in der Aufbruchstimmung wirklich ein. Genutzt hat es ohnehin nichts, sie sind danach zahlreicher

# zurückgekommen.

So kündigt die Bewegung für eine wirkliche Demokratie auch jetzt an, dass man passiven Widerstand bei Räumungen der etwa 60 Protestcamps leisten werde. Danach komme man eben erneut noch zahlreicher zurück. Die Ausstrahlung des Protests ist so enorm, dass inzwischen zu Protesten in fast 200 Städten aufgerufen wird. Wie erwartet, [breitet] sich die Bewegung über Europa aus. [...]

Der ganze Artikel auf [Telepolis: Krisenstab wegen Ausbreitung der Demokratiebewegung in Spanien](#)

Europaweite Proteste auf Video: [Spanish protests spread across Europe — in videos](#)

-  **Proteste in Spanien**

[...] Landesweit gingen trotz eines Demonstrationsverbotes auch in der Nacht zum Samstag rund 60.000 Menschen auf die Straße, allein in Madrid sollen es 25.000 gewesen sein. Nach Angaben der Zeitung "El País" beteiligten sich in Valencia rund 10.000 Demonstranten, in Malaga und Barcelona zwischen 6000

und 7000. [...] Es ist mehr als ein Aufbegehren der Jugend gegen die Perspektivlosigkeit in dem Land, in dem 45 Prozent der 18- bis 25-Jährigen keine Arbeit haben. Der Protest reicht viel tiefer: Die jungen Menschen haben ihr Vertrauen in die Politik verloren, in das System der etablierten Parteien. [...]

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

# Der ganze Artikel auf [Spiegel Online: Spanier verbünden sich gegen die alte Macht](#)

- □ □

# Sanktionsmoratorium

[...] Am 6. Juni verhandelt  
unser Bundestag auf  
Antrag der Fraktion DIE  
LINKE die Abschaffung  
aller Sanktionen und  
Leistungseinschränkungen

.

Auch ein Antrag von  
Bündniss 90/Die Grünen,  
der aber nicht so  
weitreichend ist und eher  
eine andere  
Vermittlungspraxis fordert  
,steht an diesem Tag zur  
Abstimmung. [...]

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

Der ganze Beitrag von [Susanne Wiest](#): "[Die Würde des Menschen ist unantastbar...](#)"

# - ☐☐ **Fauler Zauber statt Exportwunder**

[...] Die Bundesbank  
finanziert den  
Importüberschuss von  
Griechenland, Portugal  
und Co. zwangsweise  
über das EZB-System.

Übersteigen die Importe  
einer Volkswirtschaft  
ihre Exporte, benötigt sie  
Kapital aus dem  
Ausland. [...]

Dass der deutsche  
Export so gut läuft, hat  
er in weiten Teilen der  
verdeckten Finanzierung

der  
Handelsbilanzdefizite  
anderer  
Volkswirtschaften durch  
die Bundesbank zu  
verdanken. Die Risiken  
daraus trägt der  
Steuerzahler, der über  
den Bund letztlich haften  
muss, wenn die  
Bundesbank  
Abschreibungen

# vornehmen müsste.

Der ganze Artikel auf [finanzwirtschaftler.de](http://finanzwirtschaftler.de): Wird der Boom durch die Bundesbank finanziert?

-   **Aufhebung  
der  
Gerichtsgebühren-B  
efreiung für  
Sozialbehörden  
gefordert**

Ebenso wie die  
Berliner  
Sozialgerichtspräsi-  
den tin Sabine Schudoma  
kritisiert auch die  
Hartz4-Plattform  
politische  
Überlegungen, nach  
denen nicht die  
Verwaltungen, als die  
eigentlichen

Verursacher der Hartz IV-Klageflut, sondern vielmehr die Opfer, also die Hartz IV-Empfänger, mit Gerichtsgebühren belastet und ihnen damit faktisch der Zugang zu den Gerichten versperrt werden solle.

Noch bis Juli 2006  
mussten die  
Jobcenter genauso  
wie andere  
Sozialbehörden –  
beispielsweise  
Rentenversicherung  
oder Krankenkassen

– für jedes  
Sozialgerichtsverfahr  
en, an dem sie  
beteiligt waren, eine  
pauschale  
Gerichtsgebühr  
entrichten. In der  
Verantwortung von  
Arbeitsminister  
Scholz wurde durch

die große Koalition ab  
August eine  
Kostenbefreiung für  
die Hartz  
IV-Behörden  
eingeführt. Vermutlich  
sah man schon  
damals die Klageflut  
und damit enorme  
Kosten infolge des

# Hartz IV-Gesetzes auf sich zukommen.

Für die  
Hartz4-Plattform steht  
außer Zweifel, dass  
durch diese  
Kostenbefreiung die

Prozessflut erst  
richtig an Fahrt  
gewann. Jährlich  
zunehmende  
Klagesteigerungen  
bestätigen das  
ebenso wie die  
Erfolgsquote für die  
klagenden  
Betroffenen von

mindestens 50% in  
der ersten Instanz. „In  
der zweiten Instanz  
vor den  
Landessozialgerichte  
n dürfte nach unserer  
Einschätzung die  
Quote noch deutlich  
höher liegen,“ so Hart  
z4-Plattform-Sprech

erin Brigitte  
Vallenthin.

Angesichts dieser  
Quote hätten die  
Kosten-Einsparunge  
n für die Behörden  
in den vergangenen

fünf Jahren für die  
bisherigen Hartz  
IV-Klagen in erster  
Instanz rund  
hundert Millionen  
Euro betragen, so  
Vallenthin. „Die  
weitergeführten  
Klagen vor den  
Landessozialgerichte

n sowie dem  
Bundessozialgericht,  
dürften hier noch  
einmal mit  
beträchtlichen  
Millionenbeträgen zu  
Buche schlagen.“

Trotz der  
Kostenbefreiung  
seien die nach  
Erkenntnissen der  
Hartz4-Plattform  
größtenteils  
mutwillig  
provozierten Hartz  
IV-Klagen äußerst

kostspielig für die  
Sozialbehörden.

Jedoch laden die  
Ämter laden diese

Kosten auf dem

Rücken der

Steuerzahler ab.

Würde die

Kostenbefreiung für

die Sozialbehörden  
wieder aufgehoben  
– so wie es jetzt die  
Justizministerkonfer  
enz anstrebt - und  
hätten die Ämter die  
Gerichts-Kosten-Ver  
antwortung selber  
zu tragen, so würde

der Klageflut  
blitzschnell die  
Ebbe folgen,“  
erwartet Brigitte  
Vallenthin.

„Wir unterstützen

deshalb  
ausdrücklich die  
entsprechende  
Anregung der  
Präsidentin des  
Berliner  
Sozialgerichts,  
Sabine Schudoma,  
vom Januar diesen

Jahres, die jetzt mit  
einstimmigem  
Beschluss für einen  
konkreten  
Gesetzesvorschlag  
durch die  
Justizministerkonfe  
renz bestätigt  
wurde“, so

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

# Vallenthin für die Hartz4-Plattform.

# - □ □ Geringere Hartz IV-Ausgaben des Bundes

Für die  
„Grundsicherung  
für  
Arbeitsuchende“  
wurden vom Bund  
in den ersten vier  
Monaten des  
laufenden

Haushaltsjahres  
(2011) 18,2  
Prozent weniger  
ausgegeben als in  
den ersten vier  
Monaten des  
Haushaltsjahres  
2010. Die

Ausgaben für das  
Arbeitslosengeld  
II, der größte Teil  
der Hartz  
IV-Ausgaben des  
Bundes, lagen  
sogar 24,2  
Prozent unter den

Ausgaben im  
entsprechenden  
Vorjahreszeitraum  
. Dies geht aus  
dem heute (20.  
Mai 2011)  
veröffentlichten  
Monatsbericht des

# Bundesministerium ms der Finanzen (BMF) hervor.

Der ganze Beitrag  
auf [„gegen-hartz.  
de“](#): Geringere

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

# Hartz IV

# Ausgaben

# - □ □ Hartz IV: Klageflut und Sanktionen

Katja Kipping,  
stellvertretende  
Vorsitzende der  
Linken, erklärt  
zu den  
Planungen der  
Justizminister

der Länder zur  
Eindämmung  
der Klageflut im  
Rahmen der  
Hartz  
IV-Gesetze: Die  
so genannte  
Klageflut bei

Hartz IV ist  
Ausdruck eines  
Gesetzes, was  
Armut und  
Ausgrenzung  
verursacht, nicht  
verfassungskonf  
orm und

außerdem auch  
handwerklicher  
Pfuscher ist.

Darüber hinaus  
werden

massenhaft  
rechtswidrige  
Bescheide von  
den  
Hartz-IV-Behör  
den ausgestellt.  
2010 wurden

34,6 Prozent  
der  
Widersprüche  
zumindest  
teilweise  
zugunsten der  
Hartz-IV-Bezieh

enden  
entschieden.  
45,3 Prozent  
der Klagen  
waren ein Erfolg  
für die  
Klägerinnen

und Kläger mit  
Hartz-IV-Bezug.  
Bei  
Widersprüchen  
gegen die  
Sanktionen bei  
Hartz IV wurden

42,1 Prozent  
zumindest  
teilweise  
zugunsten der  
Hartz-IV-Bezieh  
enden  
entschieden.

Klagen gegen  
die Sanktionen  
bei Hartz IV  
waren sogar zu  
60 Prozent für

die Betroffenen  
erfolgreich. Die  
Klageflut bei  
Hartz IV ist nur  
zu stoppen,  
wenn Hartz IV  
abgeschafft

wird.  
Sanktionen  
sind  
grundrechtswidrig und gehören  
sofort komplett  
gestrichen. Das

entlastet  
Gerichte und  
schützt  
Bedürftige vor  
existenziellen  
Gefährdungen.

Geschrieben von: Baraka  
Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

- □ □

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

# Woche des Grundeinkom mens

Wie jedes  
Jahr findet  
auch 2011  
wieder die  
Woche des  
Grundeinkom  
mens in der

38.

Kalenderwoche  
e (19. – 25.

September.20  
11) statt.

Aufgerufen  
haben dazu

die  
deutschsprach  
igen  
Grundeinkom  
mensnetzwerk  
e aus  
Deutschland,

Österreich,  
der Schweiz,  
Luxemburg  
und  
Italien/Südtirol  
sowie  
Attac-Gruppier

ungen aus  
Deutschland  
und  
Österreich.  
Die soziale  
Spaltung in  
Europa müsse

überwunden  
werden, die  
Mindestsicher  
ungspolitik sei  
gescheitert, so  
die  
Aufrufenden.

[...]

Der ganze  
Beitrag auf Ne  
tzwerk

Grundeinkom

men: Aufruf

zur 4.

Internationale

n Woche des

Grundeinkom

mens

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

[...] Europa ist

gespalten:  
Einer  
wachsenden  
Zahl von  
Menschen  
sind selbst die  
grundlegende

n Bedürfnisse  
verwehrt. Eine  
Teilhabe am  
politischen.  
sozialen und  
kulturellen  
Leben ist nicht

möglich. Die  
ungleiche  
Verteilung ist  
ein  
wachsendes  
Problem. Die  
Regierungen

beschränken  
sich vielfach  
auf  
Mindestsicher  
ungspolitik.  
Die zum  
Einsatz

kommenden  
Modelle sind  
weder Armut  
bekämpfend,  
noch Teilhabe  
sichernd und  
vielfach

diskriminieren  
d,  
stigmatisieren  
d und  
repressiv. [...]

Zum Aufruf: W  
oche des  
Grundeinkom  
mens

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

- □ □

# Arbeitsfetisc h

"Der Arbeit  
ihren Wert  
geben"  
(Quellen:

SPD, FAZ),  
unter diesem  
Titel  
veröffentlicht  
en der  
SPD-Vorsitze

nde Sigmar  
Gabriel und  
der  
DGB-Vorsitze  
nde Michael  
Sommer

ihren Beitrag  
zum Tag der  
Arbeit am 1.  
Mai. [...] Mit  
der  
Zuspitzung

darauf, das in  
Rede  
stehende  
Gemeinwesen  
n als  
“Arbeitsgesell

schaft” zu  
bezeichnen,  
ist an dem  
Beitrag nichts  
mehr zu  
retten. Keine

# Rede von der bedingungslo sen Verleihung der Bürgerrechte,

der  
Volkssouverä  
nität und all  
dem  
Engagement,  
das ohne

Orientierung  
an  
Einkommens  
erzielung  
erfolgt.

Keine Rede  
davon, dass  
es gerade  
nicht die

Erwerbsarbeit  
ist, also die  
Leistung für  
Gegenleistung,  
die ein  
Gemeinwesen

n  
zusammenhän  
gt, sondern  
die  
bedingungslo  
se

Bereitschaft  
sich zum  
Wohle des  
Ganzen  
einzubringen,  
damit es sich

erhalten  
kann, weil es  
einen  
eigene Wert  
hat.

Bürgerrechte

sind eben

keine

Erwerbstätige

nrechte –

doch ein

solcher

Gedanke  
scheint den  
Verfassern  
des Beitrags  
noch nie  
durch den

Kopf  
gegangen zu  
sein.

Der gesamte  
Beitrag von S  
ascha  
Liebermann  
auf "Freiheit  
statt

Vollbeschäfti

gung":

Deutschland,

eine

Arbeitsgesell

schaft oder

eine

Bürgergemei

nschaft?

- □ □ Der

**Arbeitsfetis**

**ch und sein**

**Nützlichkeit**

**crassismus**

- □ □

# **Anonymous zu Medienprop aganda und dem**

# Polizeiüber griff auf Piratenserv er

[...]  
SpiegelOnline  
berichtetete  
am 20. Mai,

dass eine  
Gruppe von  
Anonymous  
gezielt ein  
Atomkraftwe  
rk angreifen

wollte und  
die Polizei  
die Server  
abschalten  
musste, um  
diesen

Terroranschlag zu verhindern.  
Welt und TAZ folgten mit

ähnlichen  
Artikeln. Wir  
verachten  
diese  
gezielte  
Verbreitung

von  
Desinformati  
on zutiefst,  
jedoch ist es  
nicht unser  
Ziel die

Pressefreihei  
t  
einzuschränk  
en, vielmehr  
möchten wir  
Kritikern

genauere  
Antworten  
liefern.

Anonymous  
hat am 18.  
April im  
Rahmen von  
OperationGr  
eenrights

lediglich die  
Webpräsenz  
von EDF mit  
einer  
Distributed-  
Denial-of-Service

rv  
vice Attacke  
angegriffen,  
dabei ist es  
unmöglich  
die Kontrolle  
über ein

Atomkraftwe

rk zu

übernehmen

oder ihm

einen

Schaden

jeglicher Art  
zuzufügen.

Ferner

widerspricht

es dem

gesunden

Menschenve  
rstand,  
anzunehmen  
, dass die  
hochkritisch  
e

Infrastruktur  
mit einer  
direkten  
Verbindung  
zum Internet  
betrieben

wird.

[...] Die  
deutsche

Polizei hat  
wegen einer  
vergangene  
n  
Protestaktio  
n gegen die

Website  
eines  
Energiekon  
zerns, eine  
demokratische  
Partei

kurz vor den  
Wahlen  
lahmgelegt,  
die  
demokratische  
he

# Bewegung der Bürger in Spanien behindert und Anonymous-

Operationen  
gegen  
Regime im  
mittleren  
Osten  
gestört. [...]

Zur  
kompletten  
Mitteilung  
von  
Anonymous  
und zum

Video auf Yo

uTube:

Stellungnah

me zu

Servergate

&

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

# Polizeiangriff

---

e

- □ □

**Plagiatsjäg  
er dehnen  
Untersuch  
ungen aus**

[...] Jetzt  
gibt es  
neben dem  
Wiki von Vr

oniPlag

und

GuttenPlag

noch die

Plagiatsjäger

r vom

# Doktorarbeit en-Domino

. Die Ziele  
sind klar.  
Auch hier  
soll

überprüft  
werden,  
welcher  
Politiker  
sich in  
seiner

Promotion  
zu viel  
fremdes  
Material  
ohne  
Angabe der

Quellen  
angeeignet  
hat.

Nach  
Karl-Theodo  
r zu  
Guttenberg,  
Silvana  
Koch-Mehri

n und  
Veronica  
Saß soll der  
Dominoeffe  
kt der  
Abschreiber

nicht zum  
Stillstand  
kommen.  
Neben  
Mitgliedern  
des

Bundestage  
s sollen hier  
auch  
Doktorarbeit  
en der  
deutschen

# Mitglieder des Europaparla ments unter die Lupe genommen

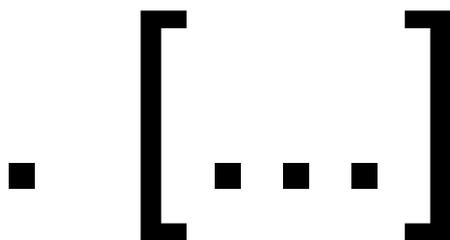
werden. Im  
Chat kam  
bereits die  
Forderung  
auf, man  
möge doch

auch die  
Landtagsab  
geordneten  
mit ins  
Verfahren  
einbeziehen

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---



Der ganze  
Artikel auf [gulli.de](http://gulli.de):  
[Doktorarbeit](#)  
[en-Domino](#)  
[untersucht](#)

65

Dokortitel

von

Spitzenpoliti

kern

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

- □ □

# Frozen Flash Mob in Konstanz

- □ □ Mal

wieder

kein

Weltunter

gang

Die  
Entrückung  
ist eine in

Deutschland  
kaum  
bekannte  
Vorstellung  
, nach der

Jesus vor  
seiner  
Wiederkunt  
t den dafür  
würdigen

Bevölkerun  
gsteil direkt  
in den  
Himmel  
auffahren

lässt. [...]

Einige

Religionsfü

hrer, wie

etwa

# Harold Camping, der Präsident des Family

Radio  
Christian  
Network,  
ließen den  
Termin der

Entrückung  
nicht offen,  
sondern  
nannten  
ihren

Anhängern

einen

Zeitpunkt

dafür. [...]

Gestern

lief  
Campings  
landesweit  
heiß  
debattierter

Termin ab,

ohne dass

es

Nachweise

über

Himmelfahrt  
in  
größem  
Ausmaß  
gegeben

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

hätte. [...]

# Der ganze Artikel auf Telepolis: Entrückun g blieb

auch

gestern

aus

Geschrieben von: Baraka

Montag, den 23. Mai 2011 um 17:13 Uhr

---

{jcomments  
on}